



= Bürgerinitiative =

**WEG MIT DER PENSIONISTENSTEUER
FÜR BEAMTINNEN und BEAMTE!**

**Ein neuer Anlauf bei der neuen Regierung zur
Abschaffung des Pensionssicherungsbeitrages**

Seit Jahren bekämpfen wir den ungerechtfertigten Pensionssicherungsbeitrag (PSB) den es nur für RuhestandsbeamtInnen und ÖBB-PensionistInnen gibt.

Leider hatten die vergangenen Bundesregierungen kein Verständnis für unsere berechnete Forderung den PSB zu streichen.

Wir geben nicht auf und haben eine neuerliche parlamentarische Bürgerinitiative zur Abschaffung des PSB nach §13a des Pensionsgesetzes 1965 gestartet.

Es ist nicht einzusehen, dass seit Mitte der 90er Jahre Beamte/Beamtinnen des Ruhestandes und ÖBB-PensionistInnen einen PSB zahlen müssen. Dieser beträgt je nach Zeitpunkt des erstmaligen Anspruches auf Ruhegenuss maximal 3,3 % der Pensionbemessungsgrundlage und ist bis zum Lebensende zu bezahlen.

Die Gründe warum dieser PSB Mitte der 90er Jahre eingeführt wurde, existieren längst nicht mehr:

- Die gleiche Erhöhung der Aktiv- und Ruhegenussbezüge ist seit Anfang 2000 Geschichte
- Seither werden sämtliche Pensionen im gleichen Ausmaß angepasst

Mit dieser parlamentarischen Bürgerinitiative wollen wir bei der aktuellen Bundesregierung und den Abgeordneten zum Nationalrat unserer berechtigten Forderung zur Abschaffung des PSB neuerlich Nachdruck verleihen.

Unterstützen Sie unsere Bürgerinitiative in Ihrem eigenen Sinne mit Ihrer Unterschrift.

Zusendung der Originalunterschriften an die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebedienteten, Dürerstr. 15, 4030 Linz. **DANK!**

Franz Poimer
GPF- Landespensionistenvertreter

Ditmar Fürst
GPF- Bundespensionistenvorsitzender

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!

**DAFÜR
ÖGB**